

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 08 16. April 1997

→ **Juristische Ratgeber** Seite 2

Politisches Handeln von Rechtsextremisten ist häufig mit strafrechtlichen Risiken behaftet. Das „Deutsche Rechtsbüro“ will den Aktivisten rechtliche Grundkenntnisse vermitteln, wie man sich davor besser schützen könne.

→ **Sozialpolitik von Rechts** Seite 3

Die bundesdeutsche extreme Rechte hat die „soziale Frage“ als neues Agitationsfeld für sich entdeckt. Drängende gesellschaftspolitische Probleme wie Massenarbeitslosigkeit werden mit nationalistischen Botschaften besetzt.

→ **„Der große Wechsel“** Seite 6

In Frankreich formiert sich der Protest, insbesondere auch des Bürgertums, gegen die Le Pen-Partei. Der Front National indes rekrutiert seine Anhänger zunehmend unter den Arbeitern und den jüngeren Menschen.

→ **Eidgenossen in Aufruhr** Seite 8

Der vorgesehene Solidaritätsfond für die Holocaustopfer hat die Schweizer Rechte auf den Plan gerufen. Die Ablehnungsfront reicht von der regierenden Volkspartei bis zu den Neonazis.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 16 41, Fax 25 99 16 54

Die Tücken im rechtsextremistischen Alltag

Juristische Ratgeber

Rechtsextreme Aktivisten kommen in ihrem politischen Handeln in vielen Fällen in Konflikt mit der Justiz. Abhilfe schaffen will hier ein Verein, der heute in Bayern und in Berlin ansässig ist.

Sein fünfjähriges Jubiläum begeht in diesen Tagen das rechtsextremistische „Deutsche Rechtsbüro“ (DRB). Das DRB wurde in Hamburg im April 1992 von „Rechtsanwälten, Jurastudenten und sonstigen juristisch interessierten Personen als juristische Selbsthilfeeinrichtung und Koordinierungsstelle der rechtsextremistischen Szene gegründet“, so der aktuelle Verfassungsschutzbericht der Hansestadt Hamburg. Angeboten werden vom DRB Urteile zu szenetypischen Vergehen wie Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen, Aufstachelung zum Rassenhaß, Versammlungsrecht, Uniformverbot u.ä. „Ferner können wir“, hieß es in einer ersten Selbstdarstellung, „Anwälte an Ihrem Wohnort oder in der Nähe benennen.“ Daneben werden aber auch Rechtsanwälte gesucht, „die bereit sind, nationale Deutsche zu vertreten.“ Ziel ist es, der rechtsextremen Szene rechtliche Grundkenntnisse zu vermitteln, um im Rahmen der üblichen politischen Arbeit juristische Konflikte zu umgehen. Weiterhin wird eine Vernetzung rechtsextremer Juristen angestrebt. Dabei muß das „Rechtsbüro“ formale Grenzen, so ist eine entsprechende Beratung gemäß dem Rechtsberatungsmißbrauchsgesetz verboten, beachten. „Das Deutsche Rechtsbüro ist keine Rechtsschutzversicherung und darf keinen Rechtsrat erteilen. Es ist eine Selbsthilfegruppe zur Wahrung der Rechte, insbesondere der Grundrechte.“ Das DRB wird von unterschiedlichsten Personen und Organisationen in Anspruch genommen und unterstützt.

Als Initiatorin des „Deutschen Rechtsbüros“ gilt die Hamburger Rechtsanwältin Gisela Pahl, die lange in der Kanzlei des rechten Szene-Strafverteidigers Jürgen Rieger gearbeitet hatte. Der seit 1975 in Hamburg als Anwalt praktizierende Rieger (50) selbst bestreitet eine eigene Beteiligung am „Aufbau des Rechtsbüros“. Rieger sah darin aber eine „nützliche Initiative“, so in einem Interview mit der den „Jungen Nationaldemokraten“ nahestehen-

den Zeitschrift „Einheit und Kampf“, der er „mehrere Musterurteile zur Verfügung gestellt“ hatte. Mitte der 80er Jahre galt die Juristin Gisela Pahl dem Verfassungsschutz als „Hauptaktivistin“ des rechtsextremen „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ). Später gehörte sie dem Hamburger Landesverband der „Republikaner“ an. Ehe sie 1993 die „Republikaner“ verließ, fungierte Pahl als Vorsitzende deren Landesschiedsgerichtes. Unter dem Pseudonym Gisela Sedelmaier wurden die zwei jeweils über 100 Seiten umfassenden Broschüren „Mäxchen Treuherz“ veröffentlicht. 1992 erschien zuerst „Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln“. Danach folgte 1993 „Mäxchen Treuherz und die Fallstricke der Behörden“. Vollkommen neu war der Inhalt der beiden Bändchen nicht. Die einzelnen Aufsätze waren teilweise zuvor in der Zeitschrift „Recht und Justiz“, die vom 1979 gegründeten „Deutschen Rechtsschutzbereich e.V./Deutsche Rechtsschutzkasse“ (DRsK), Bochum, herausgegeben wurde, abgedruckt. Der „Deutsche Rechtsschutzbereich“ (vgl. BNR 19/96) blieb auch nach der Gründung des DRB aktiv. Verlegt wurden die beiden Bändchen „Mäxchen Treuherz“ vom WuselDi-Verlag in Hamburg, dessen Postfachadresse identisch mit dem des DRB war. Der beim WuselDi-Verlag presserechtlich Verantwortliche und Postfachinhaber Rolf Leppert gehörte dem Hamburger REP-Landesverband als Beisitzer und der Aktivitas der „Hamburger Burschenschaft Germania“ an. Derzeit zeichnet Klaus-C. Holmar presserechtlich verantwortlich für das „Deutsche Rechtsbüro“. Vor zwei Jahren druckte „Nation & Europa“ einen Artikel („Geht der Rechtsstaat bankrott?“) von Holmar ab. Inhalt der Abhandlung war die damalige Änderung des Strafrechtes zum 1. Dezember 1994 in Sachen verfassungswidriger Kennzeichen, Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß.

Hans Mutig wehrt sich

Nicht zuletzt die öffentliche Berichterstattung über das „Deutsche Rechtsbüro“ führte zur Aufgabe der Hamburger Adresse. Mittlerweile verfügt das „Deutsche Rechtsbüro“ über Kontaktanschriften im bayerischen Münsing (Kreis Bad Tölz-Wolfratshausen) und in Berlin. Dem interessierten rechten Publikum werden vom DRB zehn Broschüren zu verschiedenen rechtlichen Gebieten angeboten. Darunter finden sich Ratgeber zum Thema „Fotografieren. Eine Übersicht über die Rechtslage, wann eine Verletzung des Rechtes am eigenen Bild vorliegt, und über die bestehenden Rechtsmittel -

mit zahlreichen Musteranträgen“, „Strafliste gegen Rechts. Eine Zusammenfassung aller wesentlichen Strafurteile gegen nationale Deutsche“ und „Plakate und andere Mittel der politischen Werbung. Eine Übersicht über die Rechtslage und die gegebenen Rechtsmittel. Mit zahlreichen Musteranträgen“. Durch die juristischen Ratgeber führt in Nachfolge von Mäxchen Treuherz der fiktive „nationale Aktivist“ Hans Mutig. Ein Teil der bis zu 36 Seiten starken Broschüren im DIN A5-Format erscheint im Hamburger NIZ-Verlag („Nationales Informationszentrum“) in der „Schriftenreihe Progressiver Nationalisten“. Der ehemalige Hamburger Landesvorsitzende der 1995 verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ Goertz fungiert als presserechtlich Verantwortlicher der Schriftenreihe. Mit Rolf Leppert verbindet Goetz, der zeitweilig auf dem Haus der schlagenden Korporation wohnte, die Zugehörigkeit zur „Hamburger Burschenschaft Germania“. Goertz (27) und sein Mitstreiter Jan Zobel (20) gehörten zudem bis zum vergangenen Jahr der Redaktion von „Einheit und Kampf“ an. Ein anderes vom DRB vertriebenes Heft erscheint, so das Impressum, im Eigenverlag eines in Spanien beheimateten Hans-Ernst Raack.

Geworben wird für das „Deutsche Rechtsbüro“ und die von ihm vertriebenen Broschüren in zahlreichen Periodika der gesamten rechtsextremistischen Szene. Das Spektrum reicht von der „Jungen Freiheit“ über die „SBS-Nachrichten“, „Nation & Europa“, die „Deutsche Rundschau“, Das Freie Forum“, die „Deutsche Stimme“, „Einheit und Kampf“ bis zu

neonazistischen Periodika wie die „HNG-Nachrichten“, „Widerstand“, „Nationaler Beobachter“, Braunauer Ausguck“, „Berlin-Brandenburger Zeitung“, „Nordharz Infodienst“ und braunen Skinzines wie „Schlachtruf“, „United Skins“ und „Midgard“. Besonders häufige Berücksichtigung findet das DRB in dem von der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) herausgegebenen Periodikum „DESG-inform“. Der 63jährige Diplom-Volkswirt Klausdieter Ludwig (vgl. BNR 3/94), Redakteur der „DESG-inform“, ist zugleich Inhaber des Postfaches des „Rechtsbüros“ in dem südlich von München gelegenen Münsing. Geworben wird für das DRB auch über die diversen „Nationalen Infotelefone“.

Die zweite aktuelle Kontaktadresse des „Deutschen Rechtsbüros“ gehört dem Berliner Rechtsextremisten Richard Miosga, der von der CDU über die „Republikaner“ zu neonazistischen Kreisen gefunden hat. Miosga gehörte zu den elf REP-Mitgliedern des im Januar 1989 gewählten Berliner Abgeordnetenhauses und bekleidete das Amt eines stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Später engagierte sich Miosga, wie auch andere ehemalige Funktionäre und Mandatsträger der „Republikaner“, bei der neonazistischen Kleinorganisation „Die Nationalen“ und dem Berliner „Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V.“ als Schatzmeister.

Das „Deutsche Rechtsbüro“ wird auch fünf Jahre nach der Gründung seine Offensive fortsetzen, um sich weiter in der rechtsextremen Szene zu etablieren.

Sönke Braasch

Massenarbeitslosigkeit und soziale Not:

Für einen „solidarischen Volksstaat“

Sieben Jahre nach der deutsch-deutschen Vereinigung sind immer mehr Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen, mehr als ein Drittel der Bürger lebt unterhalb der Wohlstandsschwelle, auch der Mittelstand erlebt eine steigende Tendenz zur Armut, mindestens vier Millionen Menschen sind arbeitslos. Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL konstatiert: „Unter dem Druck verändert sich das soziale Gesicht der Bundesrepublik.“ (44/1996)

Rechtsextremisten jeglicher Couleur wollen sich dies zunutze machen und haben die „soziale Frage“ als neues Kernthema für sich entdeckt.

Als Vorbild dient der erfolgreiche „Front National“ (FN) in Frankreich, der im November 1995 mit einer Gewerkschaftsgründung eine soziale Offensive gestartet hat, um das soziale Terrain mit einem nationalen Diskurs zu besetzen: „Wir sind dabei, das Monopol der Linksparteien im sozialen Bereich zu brechen. Mit Protestaktionen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen werden wir überall dort präsent sein, wo es Franzosen schlechtgeht“, so Bruno Megret, strategischer Kopf von Jean-Marie Le Pens „Front National“. Und tatsächlich - bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen stimmten 30 Prozent von Frankreichs Arbeitern für den FN.

Massenarbeitslosigkeit und soziale Not werden von französischen und zunehmend auch bundesdeutschen Rechtsextremisten instrumentalisiert und werbewirksam für ihre politischen Zwecke auszubuten versucht. Nationalistische Ziele sollen über das Vehikel der Angst vor sozialem Abstieg vorangetrieben werden. (DIE ZEIT 47/1996)

„Arbeit zuerst für Deutsche“

Notwendig ist dafür ein neues Outfit: das ideologisch-propagandistische Erscheinungsbild wird verändert und Hinterzimmerveranstaltungen, sogenannte Runden, werden durchgeführt, in denen über aktuelle politische Themen wie Arbeitslosigkeit diskutiert wird. Schwellenängste sollen abgebaut werden. Man gibt sich antikapitalistisch, was besonders in den Neuen Bundesländern gut ankommt: „Großkapital vernichtet weitere Arbeitsplätze. NPD kämpft für das Recht auf Arbeit und gegen die kapitalistische Ausbeutungspolitik“ (NPD-Organ „Deutsche Stimme“; September 1996).

Sozialpolitik von Rechts ist das beherrschende Thema beim nationalen Medienverbund um die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), einem Blatt das vornehmlich von ehemaligen Aktivisten und Funktionären der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) herausgegeben wird. Schlagzeilen wie „So wird die deutsche Jugend um ihre Ausbildung betrogen“ oder „Sozialabbau stoppen - Wohnraum und Arbeit zuerst für Deutsche!“ sind die Regel.

„Gegen die kapitalistische Ausbeutungspolitik“

Den Abbau von sozialen Leistungen wollen Rechtsextremisten als das zentrale Agitationsfeld für sich vereinnahmen. Die „Jungen Nationaldemokraten“ fordern in einem Flugblatt mit dem Titel „Sozialabbau stoppen! Massenarbeitslosigkeit bekämpfen!“, abrufbar auch im Thule MailboxNetz, den Aufbau eines „solidarischen Volksstaates“, in dem „die Lösung der sozialen Probleme an erster Stelle steht“. Ihren 25. ordentlichen Bundeskongreß im Juni 1996 in Leipzig stellte die JN unter das Motto: „Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national“.

Und die „Deutsche Stimme“ vermeldete, die Partei wolle nun „ganz bewußt die >soziale Frage< in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.“

Ebenso die REPublikaner. Deren baden-württembergischer Landesvorsitzender, Christian Käs, plädiert im Parteiblatt „Der Republikaner“ (7-8/1996) für eine „andere, rechte Sozialpolitik“. Was dies heißt macht die Titelseite des Blattes deutlich: „Arbeit für Deutsche!“

Dazu Reinhard Boos, Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Sachsen in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau (24. Februar 1997): „Die Propaganda ist offensiver und aggressiver geworden. Es werden soziale und wirtschaftspolitische Probleme thematisiert.“

Ähnlich äußerte sich Hans-Jürgen Förster, Leiter der Landesbehörde für Verfassungsschutz in Brandenburg: „Dieses in der Vergangenheit rückwärts-gewandte Verherrlichen und Verharmlosen der NS-Zeit wird jetzt durch das Stellen der sozialen Frage abgelöst. Insbesondere durch die Beschäftigung mit der Arbeitslosigkeit.“ Der Verfassungsschützer befürchtet Schlimmes: „Für uns ist die Sorge, daß auf diese Art und Weise neue Mitglieder rekrutiert werden sollen. Die völlig unideologischen dumpfen Schläger erhalten durch Parolen wie >Arbeit zuerst für Deutsche< eine Rechtfertigung.“ (Junge Welt 12. Februar 1997)

Die Zielrichtung, so der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz-Chef Fritz-Achim Baumann ist eindeutig. Die Rechtsextremisten wollen die Botschaft vermitteln: „Wirtschaft und Politiker haben versagt, die nationale Wende muß her.“ (Die Woche 13. Dezember 1996)

Anton Maegerle

In eigener Sache

Die Redaktion des „blick nach rechts“ gibt gerne den Hinweis von Manfred Brunner an die Leserschaft weiter, daß sich der „Bund Freier Bürger“ mit seiner „Aktion Rettet die D-Mark“ nicht selbst zur „Kampfgemeinschaft“ erhoben habe, wie wir es in Nr. 4 vom 19. Februar 1997 dargestellt haben. Vielmehr fordere er in der von „blick nach rechts“ zitierten Anzeige in „Focus“ eine Volksabstimmung über die Abschaffung der D-Mark, die „Politiker (inkl. Regierung) und Großbanken“ zum Ziel hätten; deren Zusammenwirken bezeichne der „Bund Freier Bürger“ als Kampfgemeinschaft.

KOMMENTAR

**Standort
Deutschland**

Muß man sich darüber freuen, daß in Krefeld - sofern sich das vorläufige Ermittlungsergebnis bestätigt - ein türkischer Staatsbürger mittels eines Brandes seine Familie umbrachte? Freuen, weil es kein deutscher Staatsbürger war? Gleichwohl muß man die Entgleisungen auf türkischer Seite, wenn auch nicht mit amtlicher Selbstgerechtigkeit, zurückweisen. Sie mögen in ihrer Heftigkeit, die ein schnelles Vor-Urteil auslöste, auf Vorfälle zurückzuführen sein, in denen, unwiderlegbar, deutsche Staatsbürger Türken umbrachten. Man sollte auch nicht die barsche Zurückweisung vergessen, die die Türkei durch die Europäer, voran die Deutschen, in Sachen NATO oder EU-Beitritt erfahren hat. Die Unbedachtheit solcher Vor-Verurteilungen ist es nicht, die Unruhe auslöst, es sollte die politisch Verantwortlichen nachdenklich machen, wenn man sich im Ausland, so ein Ausländer in Deutschland gewaltsam zu Tode kommt, inzwischen sehr rasch darin sicher ist, es sei wieder einmal eine Gewalttat mit rechtsextremem Hintergrund? Daß, wenn wieder eine abendliche Nachrichtensendung einen tödlichen Anschlag meldet, ein erster, makabrer Gedanke ist, es möge, bitte, nicht wieder ein Deutscher der Täter sein?

Grund genug besteht, denn nach einem erfreulichen Rückgang rechtsextremer Gewalttaten - man hatte wahrlich keinen Grund, dies als „Erfolg“, schon gar nicht als politischen Erfolg zu feiern - scheinen militante rechtsextremistische Gruppierungen und ihre kriminellen Artikulationen wieder zuzunehmen, wie dies auch bei der Vorlage des jüngsten Verfassungsschutzberichtes durch Bundesinnenminister Kanther betätigt wurde. In Mecklenburg ist die Zahl der gewaltbereiten Skinheads um 20 Prozent auf 600 gestiegen; in Brandenburg lag der Zuwachs der in rechtsextremen Cliquen organisierten jungen Menschen bei „nur“ 10 Prozent, dafür stieg die Zahl der Straftaten mit ausländerfeindlichem

oder rechtsextremem Hintergrund um 15 Prozent. Sachsen ist da besser und vermeldet sogar 30 Prozent. Lassen es die politisch Verantwortlichen in dieser Situation gar nicht an sich herankommen, was diese Veränderung zum Schlechteren ausmacht? Neue Organisationsstrategien der extremen Rechten können es nicht sein; denn, wo die von Schönhuber, Schlierer, Frey oder Dehoust repräsentierten, in die Jahre gekommenen Rechten ihre Appelle für die nationale rechte Einheitsfront vergeblich an ihre Leser vermitteln, haben sich die Jungen längst verselbständigt. Was links als „autonom“ gilt, d.h. organisationsunabhängiges Aktivistentum, hat rechts längst seine Entsprechung gefunden. Moderne Kommunikationsformen lassen die Organisation als entbehrlich erscheinen. Darauf können sich die Sicherheitsbehörden durchaus einstellen.

Nicht in ihre Kompetenz aber fällt es, wenn registriert wird, daß der soziale Notstand dieser Republik zunehmend gesellschaftliche Konsequenzen hat. Bernd Wagner sieht in Ostdeutschland eine rechtsextreme Orientierung sich verfestigen, die er bereits glaubt, bei einem Drittel der dort Lebenden feststellen zu können. Seine deprimierende Analyse aber ist, daß es sich hier nicht nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt, daß, wie er der Frankfurter Rundschau sagte, <der „point of no return“ bereits hinter uns liegt>. Das deckt sich in etwa mit der Feststellung aufgrund einer Emnid-Umfrage, daß das „Vertrauensdefizit der Parteien“ noch weiter zugenommen hat, keiner der großen Parteien traut man noch zu, daß sie die uns bedrückenden Probleme lösen könne. Wer soll es dann? Der große Führer, der zur Rettung der Nation emporsteigt? Zum Glück hat keiner der rechten Maulhelden das Talent dazu - bisher jedenfalls. Umso mehr sollte dies die Parteien und gesellschaftlichen Gruppen veranlassen, sich nicht nur verbal die angeblich fehlende Lösungskompetenz um die Ohren zu schlagen, sich mit populistischen Sprüchen zu überbieten, sondern zur Gemeinsamkeit zu finden, damit auch an der Wende zum nächsten Jahrtausend der Satz gültig bleibt, Bonn - künftig Berlin - ist nicht Weimar.

Klaus-Henning Rosen

„Der große Wechsel“

Ein allgegenwärtiger Führer und vielfältige Proteste bestimmten den Parteitag des Front National

Mit dem Wahlsieg bei der Kommunalwahl in Vitrolles wählte sich der Front National (FN) im Aufwind, der ihn bei den Parlamentswahlen 1998 zum Zünglein an der Waage machen soll. Selbstbewußt stand deshalb der Parteitag zu Ostern in der elsässischen Metropole Straßburg unter dem Motto „Der große Wechsel“. Vitrolles war aber gleichzeitig die Initialzündung für eine neue antifaschistische Bürgerbewegung, die die Parteien mitreißt und allein am Ostersonntag zum Höhepunkt der Protestaktionen mehr als 50.000 Menschen auf die Beine brachte. Der Tagungsort, das Kongreßzentrum, wurde zum Bunker, in dem sich die Delegierten verschanzten. Das Elsaß, ansonsten Hochburg der Partei Le Pens, erwies sich als feindlicher Boden. So hatte sich Le Pen „den großen Wechsel“ wahrscheinlich nicht vorgestellt.

Es handelte sich um den Jubiläumsparteitag. 25 Jahre ist der FN geworden und läßt die Muskeln spielen. Immerhin ist er von einer unbedeutenden Splittergruppe zur viertstärksten Partei aufgestiegen. Wenn jetzt Wahlen wären, dann könnte diese Partei mit 15 Prozent der Stimmen rechnen. Wegen des Mehrheitswahlrechtes dürfte dies zwar nur zu einer Handvoll Sitzen reichen, aber trotzdem könnte Le Pen der Meistermacher werden, wenn er seinen Anhängern entsprechende Wahlempfehlungen für den zweiten Wahlgang gibt. Wie der ehemalige Boxweltmeister Henry Maske zog der Führer der extremen Rechten zu den Klängen von Vangelis’ „Conquest of Paradise“ umjubelt zu seiner zweistündigen Rede in den Saal ein.

Abgestimmt auf die Sekunde, unter Nutzung aller Möglichkeiten der multimedialen Technik wie bei einem Popkonzert wurde der Auftritt Le Pens zur Show, bei der die Person wichtiger war als die Inhalte. Die Vorbereitung hatte wie nach einem Drehbuch sich steigernd auf den Termin des Parteitags hingearbeitet. Der Sieg in Vitrolles, wo der FN erstmals die absolute Mehrheit in einer Gemeinde erhielt, war ein erster Höhepunkt. Bruno Mégret, die Nr.2 der Partei, wurde dort „zum Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Ehemann“, wie die renommierte französische Wirtschaftszeit-

schrift „L’Expansion“ (Nr.544 v. 6.3.97) süffisant kommentierte. Da ihm selbst nämlich durch ein Gericht das passive Wahlrecht für ein Jahr aberkannt worden war, kandidierte einfach seine Frau als Bürgermeisterin. Die Wahlplakate rückten dies umgehend ins richtige Licht und klärten zugleich über das Frauenbild des FN auf: Cathérine Mégret posierte halb versteckt hinter ihrem Mann.

Le Pen als Showstar

Doch nicht alles im Vorfeld verlief reibungslos und positiv. Anderes wurde nach dem Motto „Nur keine Presse ist eine schlechte Presse“ hingenommen. Zwar konnte die Stadt Straßburg dazu gezwungen werden, das Kongreßzentrum zur Verfügung zu stellen, doch schon einige Wochen vor dem Parteitag kündigte sich an, daß sich eine Klimaänderung vollzieht. Mehr als 13.000 Menschen demonstrierten in Grenoble gegen eine Veranstaltung des FN. Knapp 4.000 Personen waren es in Marseille, die am 22. März zu einem antifaschistischen Kolloquium zusammenkamen; am Abend waren es 7.000 bei einem „Konzert der Brüderlichkeit“ (Le Monde v. 25.3.97). Überhaupt ist es immer mehr der Kulturbereich, der sich an die Spitze des Widerstands gegen den FN stellt. So gab es zehn Tage vor dem Parteitag ein Konzert vor wiederum mehreren tausend Menschen in Toulon, der größten durch den FN regierten Stadt. Prominentester Act des Abends war die Band „Noir Désir“, die kurz zuvor den Zorn des rassistischen Bürgermeisters von Nizza, Jacques Peyrat, auf sich gezogen hatte, da ihr Sänger geäußert hatte, Peyrat behandle die Palmen in der Stadt besser als die Obdachlosen.

Negative Publicity für den FN - obwohl er nur indirekt eine Rolle spielte - brachte auch der Prozeß im März in Marseille gegen die vier Neonazis, die den jüdischen Friedhof in Carpentras geschändet hatten. Fast sieben Jahre nach der Tat soll jetzt am 24. April das Urteil gesprochen werden. Der FN hatte es stets empört von sich gewiesen, irgendwie damit zu tun zu haben. Allerdings erklärte einer der Täter, durch das Gedankengut des FN beeinflusst worden zu sein. Die Legende von der verfolgten Unschuld ließ sich also trotz der zahllosen Fehlgriffe von Polizei und Justiz nicht beibehalten. Auch der Trick, einen Franzosen jüdischen Glaubens zum Stadtrat in Carpentras zu machen, half nicht mehr. So beschämend die Ermittlungen waren, so erfreulich war der Prozeß. In dieses Bild fügten sich die Verteidiger ein. Einer von ihnen plädierte für eine Strafe, die für seine Kli-

enten eine Art „Wiedergutmachung“ ermögliche. Ein anderer schloß mit den Worten: „An seinen Händen wird immer entweihte Erde kleben.“ (Le Monde v. 22.2.97) Gemeint war sein eigener Klient. Die Öffentlichkeit aber übertrug die Aussage auf den FN.

Bürgerbewegung für Freiheit

Aus diesem Grund ist es unwahrscheinlich, daß es sich bei den antisemitischen Ausfällen Le Pens, die gegenwärtig Schlagzeilen machen, um die üblichen beabsichtigten „Ausrutscher“ handelt. Umgehend klagte er gegen Zitate, die zwei Journalisten in ihrem Buch „Le Roman d'un président“ (Paris: Plon 1997) wiedergegeben hatten. Danach soll der Parteiführer in einem Interview ihnen gegenüber behauptet haben, daß Chirac durch enorme Summen von Geld jüdischer Organisationen zur Macht gekommen sei, in seiner Umgebung „sehr jüdische Juden“ seien, der Staatspräsident letztlich eine „Geisel eines jüdischen Komplotts“ sei.

So erstaunt es nicht, daß unter den zehntausenden Demonstranten am Ostersonntag in Straßburg zahllose Mitglieder jüdischer Organisationen waren. Die sozialistische Bürgermeisterin Catherine Trautmann sprach zu einem Bündnis, das an Breite kaum zu überbieten war. Besonders umju-

belt waren die mit Sonderzügen angereisten Menschen aus den vier Städten, die durch den FN regiert werden. Anders als bei vergleichbaren deutschen Demonstrationen war die mittlere Generation, waren die gutsituierten Bürger stark vertreten. Es war eben ein Marsch für die Werte der bürgerlichen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Diese Werte haben in Frankreich Tradition.

Auch wenn diese durch den FN bestritten werden. In diese Richtung ging natürlich auch „der große Wechsel“ im Parteiprogramm, der sich auf den wirtschafts- und sozialpolitischen Teil beschränkte, wo eine Anpassung an die bereits seit zwei Jahren geübte Praxis erfolgte. Der extreme Wirtschaftsliberalismus des Wahlprogramms von 1993 wird durch Aussagen ersetzt, die Franz Schönhuber für Deutschland als „Sozialpatriotismus“ bezeichnet hat. Der FN trägt damit der Veränderung seiner Anhängerschaft Rechnung, zu der inzwischen 30 Prozent der Arbeiter und ein zunehmender Anteil jüngerer Menschen gehören. Hierin sieht der ranghohe FN-Aussteiger Lorrain de Saint-Affrique auch die größte Gefahr: „Junge und radikalisierte Wähler aber sind aktiv und stellen ein anders Potential dar als 15 Prozent 'flaue' Wähler; sie können bei Gelegenheit andere mit sich reißen.“

Jean Cremet

Bündnis- bestrebungen

Als gemeinsam über Parteigrenzen hinweg den „Nationalen Widerstand“ bildend, formieren sich Rechtsextremisten zunehmend in Sammelbewegungen. In Schleswig-Holstein fand jetzt dazu in der Gemeinde Nortorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) ein großer Landeskongreß mit rund 120 Teilnehmern statt. Angemeldet worden sein soll die Veranstaltung laut Presseberichten von einem Mitglied des „Bundes für Gesamtdeutschland“, dem nach Angaben des Kieler Verfassungsschutzes in Schleswig-Holstein 10 bis 15 Personen angehören.

Dabei war der NPD-Landesvorsitzende Uwe Schäfer (Plön) ebenso vertreten wie Ingo Stawitz (Uetersen), der zunächst über die DVU zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) wechselte und jetzt bei der NPD gelandet ist. Bei der DLVH gehörte der Ex-MdL zuletzt dem Bundesvorstand an. Weiterhin vertreten bei der Zusammenkunft in Nortorf waren ehemalige Mitglieder der 1995 in Ham-

burg verbotenen Nationalen Liste, die sich fortan teilweise bei der „Patriotischen Jugend“ engagiert hatten. Diese hat ihren offiziellen Sitz in Henstedt Ulzburg (Kreis Segeberg) und rechtsradikale Skinheads für Rekrutierungszwecke im Auge. Die „Patriotische Jugend“ fungiert als Herausgeber der „Bramfelder Sturms“, jetzt umbenannt in „Hamburger Sturm“.

Nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz in Kiel soll Thomas Wulff, genannt „Steiner“, aus Hamburg einer der Drahtzieher der neuen Vereinigung der Rechtsextremisten sein. Dieser Aktionszirkel von zunehmend jünger werdenden Neonazis ist zum Schulterschuß über Parteigrenzen hinweg bereit, um an Schlagkräftigkeit zu gewinnen. Offenbar hat dabei die NPD und ihre Jugendorganisation JN die Wortführerschaft übernommen. Bereits im September des Vorjahres gab es in Hartenholm (Kreis Segeberg) ein größeres parteiübergreifendes Treffen, das sich den Namen „Bündnis rechts“ gab (siehe BNR 21/96). Dabei fanden sich neben dem bereits genannten Spektrum auch Anhänger der „Republikaner“ und der DVU ein.

Horst Freires

Aufruhr bei den Eidgenossen:

Latenter Antisemitismus

Die Schweizer Banken wie auch die meisten bürgerlichen Politiker/innen hatten es bis vor kurzem geschafft, die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg - insbesondere auch die Zusammenarbeit mit nazideutschen Unternehmen und Banken - zu beschönigen. Die wenigen Veröffentlichungen kritischer Geschichtsschreibung erreichten kaum das öffentliche Bewußtsein. Unerforscht blieb die Nachkriegszeit. Bis Dezember 1996 gab es beispielsweise keine Studie zu den erfolgreichen Anstrengungen der Schweizer Banken, seit 1945 alle Vorstöße jüdischer Organisationen zur Aufklärung des Schicksals nachrichtenloser Vermögen abzublocken.

Als verschiedene jüdische Organisationen vor zwei Jahren neue Vorstöße starteten, wurden sie wie bereits seit Jahrzehnten vorerst hingehalten. Doch der US-Senator Alfonso d'Amato sorgte mit lautstark vorgetragenen, teils undifferenzierten Enthüllungen über Raubgold und über legalen Erben vorenthaltene Vermögen für den notwendigen politischen Druck. Erst die begründete Befürchtung, daß Schweizer Banken in den USA Umsatz- und Markteinbußen erleiden könnten, ließ die Schweizer Bankiers und Politiker aktiv werden. Das nationale Parlament beschloß dann einstimmig die Schaffung einer Historikerkommission und die Großbanken offerierten hurtig einen Fond als „humanitäre Geste des guten Willens“.

Rechtsextreme reden Klartext

Die aufgezwungene Aufarbeitung der Geschichte weckte nationalistische Abwehrmechanismen, unzweifelhaft vorgetragen durch Rechtsbürgerliche wie den »Schweizerzeit«-Herausgeber Ulrich Schlüer (SVP). Den latenten Antisemitismus erweckte allerdings Bundesrat Jean Pascal Delamuraz (FDP). In zwei Interviews zum Jahresende kanzelte der Volkswirtschaftsminister jüdische Begehren als „Lösegeld-Erpressung“ ab, auch fragte er nach den „dunklen Mächten“, welche die Schweiz destabilisieren wollten. Die Reaktionen der Antisemiten kamen prompt. Innerhalb von wenigen Tagen flatterten in die Leserbrief-Redaktionen aller Zeitungen eine Vielzahl anti-

semitischer Leserbrief. Auch die bourgeoise Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Sprachrohr der Zürcher Finanzwelt, vermerkte in einer redaktionellen Notiz, daß bei einzelnen Briefen zumindest unterschwellig antisemitische Töne mitzuschwängen, bei anderen offener Antisemitismus durchschlug.

Was Delamuraz antönte, schrieben die Rechtsextremisten im Klartext. Der Holocaust-Leugner Andres J. Studer veröffentlichte ein krudes »Antizionistisches Manifest zum Schutz der Schweiz vor Verleumdern und Erpressern sowie zur Verteidigung des Christentums«. Der Lausanner Altfaschist und Holocaust-Leugner Gaston-Armand Amaudruz, langjähriger Freund des unlängst nach Walhalla abgegangenen Thies Christophersen, behauptete, der Holocaust diene als „Erpressungsmittel“ nicht nur gegen Deutschland, sondern gegen die ganze Welt. Auch die neu in Erscheinung getretene „Nationale Initiative Schweiz“ (NIS), eine Neonazi-Gruppe mit Verbindungen zu den deutschen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), lobte Delamuraz: „Noch nie war der Bundesrat einer Systempartei so ehrlich!“. Mit weiteren Aktivitäten ist zu rechnen. Die NIS hat in ihrem Organ »Morgenstern« bereits verlauten lassen, daß sie eine Demonstration zum 100. Jahrestag des ersten Zionistenkongresses in Basel (Ende August 1997) plane.

„Lösegeld-Erpressung“

Dem von der Landesregierung vorgeschlagenen und mit sieben Milliarden Franken Kapital gespickten Fonds für Solidarität, der durch die Auflösung eines Teils der Goldreserven der Nationalbank gebildet werden soll, erwuchs unverzüglich Opposition von Rechtsaußen. Ihnen voran der milliardenschwere Unternehmer Christoph Blocher, starker Mann der Schweizerischen Volkspartei SVP, der xenophoben Regierungspartei. Blocher kitzelte gleich mehrmals an den antisemitischen Reflexen seiner Anhänger/innen. Noch mehr appellierte er allerdings an die nationalistischen Geschichtsgewißheiten jener, welche das einst offizielle geförderte Bild einer menschenrechtsfreundlichen und antinazistischen Schweiz gegen die Erkenntnisse neuerer Forschung verteidigen wollen. Blocher hat bereits angekündigt, er wolle »alles daransetzen«, daß die Mehrheit der Stimmbürger/innen den Fonds in der obligatorischen Volksabstimmung ablehnen werden.

Hans Stutz

Antisemitische Straftaten rückläufig

Regionale Verteilung bleibt konstant

Der Rückgang der Straftaten mit vermutetem antisemitischem Hintergrund hat sich, nachdem 1994 mit 1366 Taten ein trauriger Nachkriegsrekord zu verzeichnen war, auch 1996 weiter fortgesetzt. Waren die antisemitischen Vorfälle im Jahr 1995 gegenüber dem Vorjahr um ca. 15 rückläufig, so sank 1996 die Zahl der antisemitischen Straftaten um ca. ein Drittel (1995:1155; 1996:719). Allerdings war der Rückgang auf das erste Quartal beschränkt, im Jahresverlauf 1996 blieb die Zahl mit 170 Taten je Quartal konstant. In der Straftatenhäufigkeit gibt es zwischen den Bundesländern deutliche Unterschiede: Spitzenreiter ist

wiederum Brandenburg, gefolgt von Bremen, erheblich weniger anfällig scheinen Pfälzer und Rheinländer zu sein. Im Bundesdurchschnitt wurde eine Straftat je 114.000 Einwohner begangen; in Bremen und Brandenburg lag das Verhältnis bei ca. 1:25.000, in Rheinland-Pfalz demgegenüber bei 1:190.000 sowie in Nordrhein-Westfalen bei 1:182.000. Die vorliegenden Ergebnisse bedeuten gegenüber dem Jahr 1994, für das BNR eine vergleichbare Auswertung vorgelegt hatte (vgl.Nr.12/95, S.5) kaum eine Veränderung der regionalen Verteilung antisemitischer Straftaten.

Antisemitische Straftaten (nach Ländern)

Land	1995		1996	
	Anzahl	je 100.000	Anzahl	je 100.000
BB	3,8	4,3	28	3,2
BA	2,6	3,0	84	13,1
BW	10,3	12,8	88	8,1
BY	12,0	14,0	76	10,4
HB	0,7	0,9	28	3,8
HE	0,0	7,1	78	10,4
HH	1,7	2,1	25	3,8
NI	1,8	2,2	36	5,0
NR	2,0	2,8	71	9,9
NW	17,8	21,8	98	13,8
RP	4,0	4,9	21	2,9
SH	2,7	3,3	21	2,9
SL	1,1	1,3	9	1,3
SN	4,8	5,8	38	6,4
ST	2,7	3,3	21	2,9
TH	2,5	3,0	23	3,5
Gesamt	82,0	100,0	719	100,0

Kein Grund zum Aufatmen

Bonn - Die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten ist im vergangenen Jahr um 11 Prozent auf 8.730 (1995:7.996) angestiegen, das rechtsextremistische Potential in der Bundesrepublik Deutschland hat sich zahlenmäßig auf hohem Niveau (45.300 Personen; 1995:46.100) eingependelt - dies konstatiert der Verfassungsschutzbericht des Bundes für 1996, der am 8. April von Bundesinnenminister Manfred Kanther in Bonn vorgestellt wurde.

Mitgliederverluste zeigten die rechtsextremistischen Parteien, wobei mit einem Schwund von rund 1.000 Personen „Die Republikaner“ den Löwenanteil zu verzeichnen hatten (16.000:15.000) und die NPD rund 500 Mitglieder (3.500:4.000) sowie die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, die im vergangenen Jahr ihren Parteilatus aufgegeben hat, 100 (800:900) einbüßten. Die „Deutsche Volksunion“ des Münchner Verlegers Dr. Frey stagnierte mit einer Mitgliedschaft von 15.000 Personen (so die amtlichen Angaben) auf dem Vorjahresniveau. Leichten Zuwachs von 50 Personen konnte die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) für sich verbuchen, laut Bericht „der derzeit größte und aktivste Zusammenschluß jüngerer Rechtsextremisten“, die sich zunehmend zu einem Auffangbecken für Neonazis aus verbotenen Organisationen entwickeln. Bundesweit ist denn auch das Potential der Neonazis um 440 Personen auf 2.420 angewachsen. Die Szene ist - nicht zuletzt infolge der Verbotsverfügungen - zunehmend in informellen Personenzusammenschlüssen, sog. „autonomen Kameradschaften“, lose organisiert, wobei der Ausbau der „informationellen Vernetzung“ vorangetrieben wird. Von Bedeutung sind hier die „Nationalen“, die mit ihrem überregional angelegten Medienprojekt „Berlin Brandenburger Zeitung“ sowie verschiedenen Regionalausgaben über die auflagenstärkste (30.000) neonazistische Zeitung verfügen. Angestiegen ist ebenfalls die Zahl der militanten Rechtsextremisten auf 6.400 (+ 200), die meisten davon sind rechtsextremistische Skinheads. In der Skinhead-Szene zeichnen sich nach Beobachtung der Verfassungsschützer Strukturierungsversuche ab; zu bundesweiten Strömungen haben sich danach die „Hammerskins“ (Ursprung aus USA) sowie die „Blood & Honour“-Skins (Großbritannien) entwickelt.

1996 wurden von rechtsextremistischer Seite insgesamt 8.730 Straftaten begangen, darunter 2.232 (Vorjahr:2.468) mit fremdenfeindlichem und 846 (1155) mit antisemitischem Hintergrund. Die Gewalttaten waren mit 781 registrierten (1995:837) Vorfällen zwar insgesamt rückläufig, es gab jedoch ein Todesopfer (Punker, Magdeburg) sowie elf Fälle (Vorjahr:8) der versuchten Tötung an Ausländern. Unter den Gewalttaten nehmen die aus Fremdenfeindlichkeit begangenen 441 Delikte (1995:540) trotz zahlenmäßigen Rückgangs nach wie vor den größten Raum ein; angestiegen sind die Gewaltdelikte mit antisemitischem Hintergrund (29:27) sowie die Gewalttätigkeiten gegen politische Gegner mit 84 (68) Vorfällen. Gleichgeblieben gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Gewaltanwendungen gegen andere Personengruppen (wie Behinderte, Obdachlose u.a.) in 227 Fällen. Unter den 751 erfaßten Gewalttätern befanden sich 30 Frauen (= 4 Prozent), 15 Prozent sind den Skinheads zuzurechnen. Höher als im Vorjahr lag der Anteil der tatverdächtigen Jugendlichen unter 18 Jahren (29,6 Prozent; 1995:24). Mit 66 Prozent war die Altersgruppe der 16- bis 20jährigen am stärksten unter den Tatverdächtigen vertreten. G.N.

Rechtsdenker

„Die meisten Menschen haben es verlernt ... die Sprache der Kunst zu verstehen. Die Barbarei zweier Weltkriege und eine kunstverachtende und -unterdrückende Diktatur haben in Deutschland kulturellen Kahlschlag betrieben. Das „Wirtschaftswunder“, der Geist der 68er und die sich darin anschließende Sozialliberalität haben den Kulturbegriff zur Beliebigkeit verkommen lassen.

Daß das Gutgemeinte oftmals das Gegenteil des Guten ist, zeigt sich besonders deutlich im Kunstnebel der sogenannten 'Soziokultur'. Hilmar Hoffmanns sinnvoller Ansatz 'Kultur für alle' pervertierte zur sinnentleerten Parole, daß alles Kultur sei und jeder ein Künstler. Der 'erweiterte Kulturbegriff' ist ein großes Übel unserer Zeit. Ich finde, wir sollten den Mut haben, dem (sic!) Elitebegriff in der Kunst wieder Einlaß verschaffen.“

Grußwort des Bundesministers Dr.J. Rüttgers, MdB zur Eröffnung der Ausstellung „Kunststudenten stellen aus“ am 30.3.1997 in Bonn

Schwierige Suche nach dem geraubten Vermögen

„Die Goldzähne der Vergasten“

„Der eigentliche Skandal ist das jahrzehntelang versteckte, gehütete und täglich Gewinn abwerfende Nazi-Gold. Die Situation ändert sich stündlich. Einen aktuellen Überblick zu geben, ist schwer ... Vor kurzem war eine kleine Notiz in den Zeitungen, daß nun auch in Italien Nazi-Gold gefunden wurde. Wie Sie sehen, wird fast täglich eine neue Facette dieser Geschichte entdeckt.“ Diese Zwischenbilanz der Suche nach „Nazi-Gold“ zieht der britische Labour-Unterhausabgeordnete und Chairman des Holocaust Educational Trust, Greville Janner, der den gesamten Komplex überhaupt aufgedeckt hat. Im Gespräch mit „TRIBÜNE - Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“, die vierteljährlich in Frankfurt/a.M. erscheint, beurteilt der Abgeordnete die Chance, die gesamte Affaire aufklären zu können, skeptisch. „Wenn wir die Angelegenheit realistisch betrachten, können wir uns glücklich schätzen, wenn die jüdischen Organisationen und schließlich auch die Weltöffentlichkeit wenigstens die annähernde Wahrheit erfahren werden. Es ist unglaublich schwer, in die Vorgänge um das Nazi-Gold im nachhinein Licht bringen zu wollen. Zum einen sind mittlerweile mehr als 50 Jahre vergangen, zum anderen sind die Dokumente unvollständig. Vieles wurde gar nicht schriftlich niedergelegt.“

Nach Janner stammen die Werte insgesamt aus zwei Quellen: „Auf der einen Seite gibt es die monetären Werte, die aus den Statsbanken der okkupierten Länder oder von den Konten ermordeter Juden und anderer Opfer der Nazis herrühren. Auf der anderen Seite gibt es die nicht-monetären Werte, die den Opfern direkt von den Nazis geraubt wurden, also das persönliche Eigentum. Dazu gehören beispielsweise Diamanten und Goldmünzen, die man sich in die Kleider einnähte, bevor man deportiert wurde. Auch die Goldzähne, die man den Vergasten und Erschossenen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern aus dem Mund herausbrach, sind Bestandteil des Vermögens, das die Nazis und damit das Deutsche Reich zusammenraubten.“

Zur Bereitschaft der Banken, bei der Suche zu helfen, meinte der britische Politiker: „Es ist nicht

genau abzuschätzen, inwieweit die Banken wirklich kooperieren werden. Wir sind aber der Ansicht, daß sie im Laufe der Zeit tun werden, was sie können, denn ihr Image hat schwerstens gelitten. Falls sie die weiteren Nachforschungen behindern oder ihre Unterstützung offen verweigern, täten sie sich selber nichts Gutes, sondern würden durch Boykottaufrufe und Kontoauflösungen nachhaltig geschädigt. Daher ist vor allem immer wieder an die Vernunft und den Pragmatismus der Verantwortlichen in der Schweiz zu appellieren.“

Auf die Frage, wer eventuell aufgespürte Werte und Konten erhalten sollte, antwortete Greville Janner: „Aus meiner Sicht sollte das aufgespürte und zurückgegebene Vermögen der World Jewish Restitution Organization überantwortet werden. Sie ist direkt an die Claims Conference angebunden, die eine Art Treuhänder für die Rückerstattung und 'Wiedergutmachung' ist. Die Vermögenswerte nichtjüdischer Opfer sollte man an eine vergleichbare Organisation geben ... Es wurde auch schon darüber nachgedacht, ob Mittel, die nicht an Personen zurückerstattet werden können, in Projekten gegen Antisemitismus und Rassenhaß sowie zur Unterstützung heutiger Opfer versuchter Völkermorde und sogenannter 'ethnischer Säuberungen' verwendet werden könnten.“

Heiner Lichtenstein

Unitariertagung

Hameln - Vom 1. bis 4. Mai 1997 veranstaltet die „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“ (DUR) in Hameln ihren „Unitariertag“. Gegen das Bundestreffen soll am 3. Mai in Hameln eine Demonstration stattfinden, zu der u.a. Annelie Buntenbach (MdB), Bündnis 90/Die Grünen Bad Pyrmont, IG Metall Ortsjugendausschuß Hameln und der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen“ (VVN/BdA) aufgerufen haben.

Die DUR wurde 1947 bei Hameln von hochrangigen Nazifunktionären gegründet. Zu ihren Gründern zählten z.B. Eberhard Achterberg, Hauptschriftleiter der von Alfred Rosenberg herausgegebenen „Nationalsozialistischen Monatshefte“, Herbert Böhme, Mitglied der obersten SA-Führung, der NSDAP und Marie-Adelheid Prinzessin Reuß zur Lippe, ehemalige Chefredakteurin von „Die Bauernschaft“ des Auschwitz-Leugners Thies Christophersen. Die Kontakte der DUR reichen bis weit hinein in die NPD und die „Republikaner“.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1997

„Nation+Europa“ (NE)-47.Jg.,Nr.4/97; Erfolg - der von Le Pens „Front National“ ist gemeint - macht die deutsche extreme Rechte, wie dem April-Heft von N+E anmerken ist, neidisch, zugleich scheint er zu frustrieren. Das Heft steht unter dem Motto „Modell Frankreich: Rechte Einheit - rechter Sieg!“ Man kompensiert dieses Gefühl der Unterlegenheit durch die erneute Beschimpfung jener, die sich der geeinten Rechten widersetzen. Als Beispiel ist parat das Ergebnis der Kommunalwahl in Hessen, bei der „Republikaner“ und NPD sich gegenseitig die Stimmen weggenommen haben, weshalb darüber nachgetrauert wird, daß man das rechte Stimmenpotential nur unzureichend ausgeschöpft hat. Kritik richtet sich desweiteren gegen die REP-Parteiführung, die es beispielsweise in München der CSU überlassen habe, publikumswirksam gegen die Wehrmachtsausstellung zu Felde zu ziehen. Persönlich zu Wort kommen Le Pen und der als möglicher künftiger Vorsitzender des FN ins Gespräch gebrachte Bruno Mégret, letzterer empfiehlt als Lösung die Abkehr von der Globalisierung und preist seine Bewegung als nationale und soziale Alternative. Die von Karl Richter im Editorial vorgetragene Überzeugung, ein dem französischen vergleichbarer Erfolg stehe auch der deutschen Rechten ins Haus, dürfte an der Realität scheitern. Franz Schönhuber hat als Verursacher der derzeitigen Misere die USA ausgemacht, die nach dem Niedergang von Faschismus und Kommunismus zur Weltherrschaft gelangt seien. Mit Hilfe von Medienmacht und Börsenspekulation mache man sich die Restwelt untertan. Als neue Zielgruppe werden zunächst rechte Jugendliche ins Visier genommen. Dabei solle man sich nicht an „asozialen Auswüchsen“ und dem Erscheinungsbild <Bomberjacken, „Glatzen“> stören, wichtig sei, was in den Köpfen vorgeht, denn Jugendprotest habe stets eine eigenen Formen. Weitere Zielgruppe sind die Beamten, die man angesichts einer in der Tat vielfach auf Effekte ausgerichteten Diskussion um den schlanken Staat schützen wolle, die Aufblähung der Verwaltung sei schließlich von der Politik herbeigeführt worden.

„Junge Freiheit“ (JF) - 12.Jg.Nr.14,15/97
Populismus ist nützlich, wenn damit Themen wie Ausländer, Asyl oder der Euro unters Volk

gebracht werden, so der CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer; der Sachverstand des Volkes hätte natürlich seine Grenzen bei diffizilen Entscheidungen wie Steuern oder Außenpolitik (14/97). Le Pen und seine Anhänger sind in Frankreich angeblich den Schikanen von Kulturschaffenden ausgesetzt und werden gnadenlos verfolgt - das Aufmischen eines Bücherstands der Rechten auf der Pariser Buchmesse wird denn auch mit der Bücherverbrennung der Nazis verglichen (14/97). Alain de Benoist, Chefdenker der französischen Neuen Rechten, greift in der folgenden JF-Ausgabe auf biologistische Erklärungsmodelle zurück, die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Le Pen-Partei wird gleichgesetzt mit der Behandlung einer Infektionskrankheit; ein „Virus“ von einem „schmutzigen Tier“ müsse „ausgeschieden“, die Überträger „beseitigt“ werden (15/97). Als Interviewpartner dient der 71jährige Herausgeber der elsässischen Autonomisten-Zeitung „Rot und Wiss“, Gabriel Andres, der kürzlich wegen Leugnung des Holocaust zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe auf Bewährung sowie einer Geldstrafe verurteilt wurde. In der Berichterstattung über den „Front National“ werden dessen Gemeinsamkeiten mit den Neogaullisten sowie die kosmopolitische Ausrichtung des FN innerhalb des „europäischen Kulturraums“ betont. Ebenso bestehe ein besonders gutes Verhältnis zu den „harkis“, den Algeriern, die in den 60er Jahren für Frankreich kämpften (15/97).

HINWEIS

Frankfurt - Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1994“ ist vom 14. April bis zum 20.Mai in der Frankfurter Paulskirche von 10.00 bis 19.00 Uhr zu besichtigen. Im März 1995 wurde die vom Hamburger Institut für Sozialforschung initiierte Dokumentation erstmals in Hamburg gezeigt und war seitdem in verschiedenen bundesdeutschen und österreichischen Städten zu sehen. Mittlerweile haben beinahe 220.000 Menschen die Wehrmachts-Schau besichtigt. Zu der Ausstellung ist auch ein Katalog erschienen: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944; Ausstellungskatalog / Hamburger Institut für Sozialforschung. Hamburg 1996, ca. 220 Seiten, DM 40,-
(Erhältlich im Buchhandel oder: Hamburger Edition HIS Verlagsges.mbH, Mittelweg 36, 20148 Hamburg)

Gepriesen in rechtsextremen Blättern:

Kämpferin für das alte Germanentum

Für den ersten Samstag nach Ostern war von der „Sigrid Hunke Gesellschaft e.V.“ im Bonner Hotel Bristol ihre diesjährige Mitgliederversammlung angekündigt. Die 1973 gegründete Gesellschaft (Geschäftsstellenleiterin im nordrhein-westfälischen Konz ist Roswitha Berg) hat sich die Aufgabe gestellt, „das literarische Gesamtwerk der Namensträgerin, besonders ihre zeit-, kultur- und religionsphilosophischen Werke und Gedanken zu pflegen und zu fördern.“ Damit will die Gesellschaft dazu „beitragen, den verunsicherten Menschen gegen die zersetzenden und zerstörerischen Kräfte der Zeit und gegen ihre menschenfeindlichen Ideologien zu stärken.“ Als Präsident der Gesellschaft amtiert der Bremer Hermann Thiele, der auch in neonationalsozialistischen Kreisen ein gerngesehener Gast ist; so referierte er u.a. bei der 4. Hetendorfer Tagungswoche (Initiator: Jürgen Rieger) über den von Adolf Hitler bewunderten „Friedrich den Großen“. Ein primitiv aufgemachtes „Mitteilungsblatt“ dient als Organ der Gesellschaft. Geworben wird darin u.a. für das jüngst erschienene Buch „Im Kampf um das Wesen“ von Pierre Krebs („Thule-Seminar“). Auf rund 120 Seiten gibt Krebs darin Altbekanntes von sich wieder: Kampf gegen den Universalismus und Eintreten für das altrechte Postulat der Ungleichheit der Menschen.

Namensgeberin und Ehrenpräsidentin der Gesellschaft ist die Religionsphilosophin Sigrid Hunke (geb. 26. April 1913 in Kiel), die beim antisemitischen Gründer der Deutschkirche, Hermann Mandel, studierte und in den Kriegsjahren 1940/41 unter mehrfachem Bezug auf das SS-Organ „Das Schwarze Korps“ (Untertitel: Zeitung der Schutzstaffeln der NSDAP - Organ der Reichsführung SS“) bei dem NS-Rassepsychologen Ludwig Ferdinand Clauß promovierte. Hunke gilt als Islam-Kennerin und Verfasserin zahlreicher Bücher, darunter „Allahs Sonne über dem Abendland“ (1 Mio. Gesamtauflage). Weniger bekannt ist in der Öffentlichkeit, daß Hunke als „>völkisch-freireligiöse< Theoretikerin“ zum Spektrum der „Neuen Rechten“ (Frankfurter Rundschau v. 30.03.1994) zählt. Ihre Bücher und Schriften werden von rechtsextremen Blättern wie „Nation+

Europa“ und „Kommentare“ (Österreich) angepriesen. Sie selbst ist Trägerin des Schillerpreises (1985), der vom rechtsextremistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) verliehen wurde. Ebenso ist Hunke Mitbegründerin der deutschen Unitarier-Bewegung; von 1971 bis 1983 amtierte sie als Vizepräsidentin der völkisch-freireligiösen Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft“ (DUR); 1985 verließ Hunke die DUR und trat später dem „Bund deutscher Unitarier“ (BDU) bei. Als Autorin ist sie den Lesern von „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) und „Elemente zur Metapolitik“ („Thule-Seminar“) bekannt. Regelmäßige Grußworte übersendet sie den Jahrestagungen des revanchistischen „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Osteuropa e.V.“ des Kieler Verlegers Dietmar Munier. Artikel von Hunke wurden von Thomas Hetzer (alias „Alfred Tetzlaff“; Sysop Widerstand BBS) auch ins Thule-Netz gesetzt.

Philosophin der Ungleichheit

Hauptinteresse Hunkes, die sich in ihrer Kritik der abendländischen Kultur vor allem auf Friedrich Nietzsche und Oswald Spengler beruft, ist die Wiederbelebung der „germanischen Religion“ und des „germanischen Wesens“. Hunke will, wie die FR schreibt, „>unsere< germanischen Urahnen vom Makel des Verbrecherischen und >unser< historisches Gedächtnis von seinen Blockaden befreien.“ Gelobt wird sie dafür von der Gralsgestalt der „Neuen Rechten“, Armin Mohler, der Hunke schon vor Jahren bescheinigte, daß sie die „eigenwilligste und um Konventionen sich am wenigsten kümmernde philosophische Schriftstellerin“ im „deutschen Sprachgebiet“ sei.

Gehuldigt wird von Hunke dem ethnopluralistischen Konzept der „Neuen Rechten“. Der negativ besetzte „Rasse“-Begriff soll durch einen scheinbar zeitgemäßen „Kultur“-Begriff ersetzt werden. Praktisch ist damit Apartheid gemeint. Die FR urteilte über Hunkes Rolle als Theoretikerin der „Neuen Rechten“: „Hunkes sanfter und wohlgeordneter Weg zum Abstreifen der christlich-abendländischen Kultur dürfte in seiner Konsequenz nicht minder gewalttätig sein als das >stürmische< Nachholen der Geschichte im Nationalsozialismus. In jedem Fall ist das Modell antidemokratisch und gegen das Prinzip der Gleichheit aller Menschen gerichtet.“

Anton Maegerle

Tagebuch

Inland

Bad Dürkheim - Am Wochenende des 5./6. April fand in der Nähe der rheinland-pfälzischen Kreisstadt Bad Dürkheim ein Treffen („Gemeinschaftstag“) der heidnischen „Artgemeinschaft e.V.“ um den Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger (50) statt. Unter den knapp 100 anwesenden Personen befand sich auch Steffen Hupka (33), ehemaliger Aktivist der verbotenen „Nationalistischen Front“ und jetziges Bundesvorstandsmitglied der „Jungen Nationaldemokraten“. Organisiert wurde das Treffen von Hans Jürgen Hertlein (55) aus Pleisweiler-Oberhofen (Kreis Südliche Weinstraße). Der 1951 gegründeten „Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“ e.V. gehören bundesweit einige hundert Mitglieder an. Die „Artgemeinschaft“ gibt die Quartalsschrift „Nordische Zeitung“ heraus. Die Auflage von rund 1.000 Stück geht an verschiedene Aktivisten der „Artgemeinschaft“. Neben dem Schriftleiter Rieger sind Ursula Breier, Viersen, der für den Buchversand zuständige Stefan Broschell, Berlin, der „Stahlhelm“-Aktivist Hans-Jürgen Hertlein, Rieger-Stellvertreterin Imke Thomas, Süttdorf, der Leiter der Versandstelle Karl Scherer, Grabenstätt (Kreis Traunstein) und Schatzmeister Wolfgang Lütkemeyer, Erfurt, im Verteiler. Die meisten dieser Aktivisten nahmen an dem „Gemeinschaftstag“ in der Vorderpfalz teil.

Bonn - Die Bundesregierung hat nach eigenen Angaben keinerlei Erkenntnisse über rechtsextreme Tendenzen beim „Bund der Vertriebenen“ sowie den angeschlossenen Landsmannschaften und Verbänden. Aus der Teilnahme des BdV-Vize Paul Latussek bei einer Veranstaltung von Rechts-extremisten (vgl. BNR 7/97) wird die Bundesregierung keine Konsequenzen ziehen. Auch sei ein Einfluß von Rechtsextremisten auf die Politik der Vertriebenenverbände nicht festzustellen. Dies teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bündnisgrünen-Abgeordneten Annelie Buntenbach und der Fraktion mit (Drs.13/6948).

Erlangen (Bayern) - „Transparenz der Medien“ (Erscheinungsweise: 10 mal jährlich mit 2 Doppelausgaben), Organ der rechten Mediensaubermänner des Erlanger Vereins „Bürger fragen Journali-

sten“, wurde nach 10jähriger Präsenz eingestellt. Grund dafür sei der „plötzliche Wegfall einer zugesagten Großspende“ - so Hansjörg Klein, Vorsitzender des Vereins (einst: Abteilungsbevollmächtigter bei der Siemens-Tochter „Kraftwerke-Union“), in einem Schreiben an die TM-Abonnenten im März.

Zur Feder griffen für TM, dem „Medium für gezielte >Gegenöffentlichkeit<“: Alfred Mechtersheimer (Initiator der „Deutschland-Bewegung“), Hans-Helmuth Knütter (Anti-Antifa-Strategie), Michael Paulwitz (Autor: „Criticon“, „Ostpreußenblatt“, zeitweilig Bundesvorstandsmitglied der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“, Mitglied des ewiggestrigen Witiko-Bundes), Martin Pabst (einst Vorsitzender des rassistischen „Hilfskomitees Südliches Afrika“, Autor in „Nation+Europa“, „Criticon“, „Deutsche Geschichte“), Lothar Groppe (Autor in der JF, „Ostpreußenblatt“, „Schlesier“).

Freiburg - Nach einem Bericht der dpa hat sich der Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta von der deutschen Ausgabe seines Buches „Funu: Ost-Timors Freiheitskampf ist nicht vorbei“ distanziert. In einem Radio-Interview erklärte Ramos-Horta, daß der Freiburger Ahriman-Verlag versuche, seinen Namen und den Kampf der Menschen in Ost-Timor für sektiererische Zwecke zu mißbrauchen. Der Ahriman-Verlag steht in engem Zusammenhang mit der dubiosen Polit-Sekte „Bund gegen Anpassung“, auch bekannt als „Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten“.

Hagen (Nordrhein-Westfalen) - Unter dem Stichwort „Der Berg ruft!“ fordert Leif-Thorsten Kramps, Unterzeichner der „Pulheimer Erklärung“, Mitglied der „Gesamtdeutschen Solidarität - Öko-Union“, Gründer des „Naturkonservativen Arbeitskreises Südwestfalen“, in einem Aufruf zum Widerstand gegen Baumaßnahmen am „Hohen Meißner“, der höchsten Erhebung des nordhessischen Berglandes, auf. Das „Schicksal“ des Hohen Meißners, so Kramps, „sollte uns Heiden nicht gleichgültig sein. Schon allein die Tatsache, daß er auch als Berg der >Frau Holle<, also der germanischen Erdgöttin Frigg, bezeichnet wird, sollte zum Widerstand verpflichten.“ Kramps in seinem beschwörenden Appell, den u.a. „Huginn und Muninn“, das Organ der „Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas“ (ANSE) veröffentlicht hat: „Der Hohe Meißner kann zum Prüfstein für die bundesdeutsche Heidenszene werden.“

Hamburg/München - Die Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern der „Deutschen Volksunion“ des Dr. Frey planen für den 20. Juni eine Sonnenwendfeier der norddeutschen DVU-Verbände. Für die „musikalische Untermalung“ soll der rechte Barde René Heizer, der schon in den 70er Jahren die „Jungen Nationaldemokraten“ mit seinem Liedgut erfreute, sorgen. Anwesend sein werden auch DVU-Bundesvorstandsmitglieder. Veranstalter ist der DVU-Landesverband Hamburg.

Hamburg/München - Reinhold Oberlercher, dessen „Entwurf eines 100-Tage-Programms der nationalen Notstandsregierung in Deutschland“ („Staatsbriefe 1/93) 1993 für einigen Diskussionsstoff in der rechtsextremen Szene sorgte, wartet in der Februar-Ausgabe der „Staatsbriefe“ (Herausgeber: Hans-Dietrich Sander, München) mit dem „Entwurf einer neuen Volkswirtschaft“ auf. Darin ruft der ideologische Kopf der einflußreichen neurechten „Denkfabrik Europa der Völker“ zum „Kampf“ gegen die „Diktatur des nomadisierenden Finanzkapitals“ auf und plädiert für die Zurückgewinnung der „uneingeschränkten Hausherrngewalt“ des „deutschen Volkes“ in „seinem Lande“. In seinem Konzept des „Primats der Eigenwirtschaft“ und der „tendentiellen Autarkisierung“ rechnet Oberlercher mit dem Fortbestand der Freund-Feind-Unterscheidung, „also mit dem Wechsel von Krieg und Frieden“. Oberlerchers Autarkievorstellungen, die auch in der Wirtschaftspolitik der Nazis oder der Colonia Dignidad (Chile) von zentraler Bedeutung waren, sehen u.a. „Hochzölle auf Südfrüchte, Gewürze, exotische Genußmittel und ausländische Luxusgüter“ vor.

Leipzig/Bonn - Nach eigenen Angaben hat die NPD im Februar in Sachsen zwei neue Kreisverbände gegründet; einen NPD-Kreisverband Niederschlesischer Oberlausitz-Kreis sowie einen Kreisverband Muldenthalkreis. Wie der sächsische Verfassungsschutz konstatierte, erfüllt die NPD im Freistaat, wo sie sich zu konsolidieren scheint, eine Scharnierfunktion für die rechtsextremistische Szene einschließlich Neonazis.

Für den 1. Mai mobilisieren NPD und „Junge Nationaldemokraten“ unter dem Leitspruch „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ zum „Kampftag der nationalen Arbeit“ in Leipzig (s.auch BNR 6/97). Nähere Einzelheiten werden über das NIT Rheinland, das JN-Telefon sowie die JN-Bundes-

geschäftsstelle bekanntgeben. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Peter Frisch hält allerdings die angekündigte Teilnehmerzahl von 10.000 für die Rechtsextremisten-Demo in Leipzig für nicht wahrscheinlich. Nach seiner Einschätzung sei mit rund 2.000 rechtsextremen Demonstranten zu rechnen, sagte Frisch dazu am 8. April in Bonn. Die NPD setze hier auf eine Wiederholung des Rechtsextremisten-Aufmarsches gegen die Wehrmachtsausstellung am 1. März in München, wo es ihr gelungen war, über 4.000 Vertreter des braunen Lagers zusammenzutrommeln. In Leipzig formiert sich derzeit ein breites Aktionsbündnis gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten.

München - Im April-Heft von „Nation+Europa“ wird über die „Bogenhausener Gespräche“, dieses Mal erstmals auch als „Winterkolleg“ der „Freien Deutschen Sommerakademie“ (gegründet von den zwischenzeitlich „verselbständigten“ Leserkreisen der „Jungen Freiheit“) berichtet. Die Veranstaltung zum Thema „Facetten der Konservativen Revolution“ fand am 8. und 9. Februar im Haus der am 7. Februar 1848 gegründeten (Eintragung in die Universitätsmatrikel: 6. März 1848) Münchner Burschenschaft Danubia, die die traditionellen „Bogenhausener Gespräche“ gemeinsam mit dem „Gesamtdeutschen Studentenverband“ (GDS) organisiert, statt. Als Moderatoren bzw. Referenten waren Hans-Ulrich Kopp, Winfried Knörzer, Karlheinz Weißmann, Thor von Waldstein, Frank Lisson und Claus Wolfschlag zugegen. Stargast war der emeritierte Professor für Geschichte und Völkerrecht an der Universität Halle-Wittenberg, Werner Maser. Der „Ostpreußenblatt“-Autor Maser ist im deutschsprachigen Raum einer der führenden Verfechter der Präventivschuldthese, wonach Nazi-Deutschland einem Überfall der Sowjetunion nur zuvor kam.

Oberboihingen (B-W) - In der aktuellen Ausgabe von „Das Freie Forum“ veröffentlicht die „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP) eine Liste mit „unseres Wissens verbotener Titel mit zeitgeschichtlich-politischem Inhalt“. Zu den aufgelisteten revisionistischen Werken zählen Bücher von John C. Ball, Carl-Friedrich Berg, Ernst Gauss (Germar Scheerer), Jürgen Graf, Rüdiger Kammerer/Armin Solms, Manfred Köhler (Germar Scheerer), Otto Ernst Remer, Harold Cecil Robinson, Gunther Anntohn/Henri Roques, Ewin Soratroi, Serge Thion, Ingrid

Weckert, Steffen Werner und Hans Werner Woltersdorf. Aufgeführt sind ebenfalls beschlagnahmte Ausgaben von „Der Eidgenoß“, „Deutschland - Schrift für neue Ordnung“, „Historische Tatsachen“, „Nation+Europa“, „Sleipnir“ und „Staatsbriefe“.

Ihre 38. Jahreshauptversammlung will die 1960 gegründete GFP vom 25. bis 27. April im südwestlichen Sachsen durchführen. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Neuwahlen des Vorstands. GFP-Vorsitzender ist seit 1992 der ehemalige Cheffideologe der NPD, Dr. Rolf Kosiek (62).

Ausland

Frankreich (Aix-en-Provence) - Die in die Schlagzeilen geratene Bürgermeisterin von Vitrolles, Cathérine Mégret, muß sich wegen rassistischer Äußerungen am 30. April vor einem Strafgericht in Aix-en-Provence verantworten. Rund 70 Bürger haben sie verklagt. Anlaß dazu bot ein Interview, daß die FN-Politikerin am 24. Februar der Berliner Zeitung gegeben hatte. Mégret soll erklärt haben, es gebe „Unterschiede zwischen den Rassen“ und „genetische Differenzen“. Außerdem kündigte sie an, allen Einwanderern in Vitrolles die staatliche Unterstützung zu streichen.

Schweiz (Genf) - Bereits im 4. Jahrgang herausgegeben wird die deutschsprachige Zeitschrift „Euronews“ (Genf), die antisemitisch genährte Verschwörungsphantasien verbreitet und häufig gegen die schweizerische Antirassismus-Strafnorm anschreibt. Herausgeber des Blattes ist ein Alfred Künzli, der auch einen Aufkleber „Hände weg von meiner Heimat“ vertreibt. Ein Hinweis auf den von Künzli vertriebenen Aufkleber erschien im Herbst 1995 in der Hammerskin-Schrift „Berserker“. In der aktuellen „Euronews“-Ausgabe (Nr. 11) wird für die englische Organisation „Youth against the EU“ (Kent/England) und deren

Adresse:

Zeitung „Resistance News“ geworben. „Youth against the EU“ kämpft für den Austritt Englands aus der EU.

Schweiz (Regensdorf) - Eine „Front der Antizionisten der Schweiz“ (>FAZIS<; Sitz: Regensdorf) wurde unlängst mit dem Ziel gebildet, „die Religionsfreiheit der Juden zu schützen, jedoch ihre politische Einflußnahme auf das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht zurückzudämmen.“ Gründer der „Front“ ist der Schweizer Holocaustleugner Andreas Studer, der unter gleicher Adresse in Regensdorf ein „Freies Institut für Humanität + Kreativität“ führt. Zur Offenkundigkeit der industriell betriebenen Massenvergasung von Juden in deutschen Vernichtungslagern schreibt Studer, daß die diesbezüglichen Behauptungen „eitel Politiker-, Historiker- und Juristengewäsch“ seien: „hehlerische Mittäterschaft in einem internationalen Großbetrug einer zionistischen Hochfinanz-Lobby.“

Solidarität erfährt Studer von der rechtsextremen Organisation „Bürgerschutz Österreich“, die im INTERNET potentielle Gesinnungskameraden um Spenden für Studer aufruft, da dieser von „den Juden ... terrorisiert und wirtschaftlich zerstört“ werde. Elektronisch abrufbar ist beim „Bürgerschutz Österreich“ auch ein von Studer verfaßtes „ANTIZIONISTISCHES MANIFEST IN 23 THESEN ZUM SCHUTZ DER SCHWEIZ VOR LUMPENGESINDEL, BLUTSAUGERN, VERLEUMDERN UND ERPRESSUNGEN“. Den Holocaust bezeichnet Studer darin als ein „talmudisches Greuelmärchen ... ein weltweites Betrugsmanöver der Siegermächte“.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:

Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 2599 1641, Fax 2599 1654

Redaktionsleitung:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:

DAVIS BONN GmbH

Druck:

Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten